

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Leipzig.
Rohde & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Ernst
Gehr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringenlohn monatlich 1,50 R. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 4,50 R., unter Kreuzband für Deutsch-
land und Österreich-Ungarn 7,10 R. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn-
- und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Raumzeile 50 Pfennig, davon
40 Prozent Leervergütung. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. —
Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenem Tagen kann nicht
abgenommen werden. — Für Briefwechselungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 65.

Dresden, Donnerstag den 20. März 1919.

30. Jahrg.

England für Wilson?

England-Amerika gegen Frankreich-Italien.

Die Uneinigkeit auf der Friedenskonferenz über die Frage,
ob der Völkerbundentwurf in die Vorfriedensbedingungen
aufgenommen werden soll oder nicht, dauert an. Einige be-
haupten, daß England sich entschieden auf die Seite Wilsons
stellt, so daß Frankreich und Italien allein dagegen
arbeiten. Der Korrespondent der Daily News in Paris sagt,
daß die beiden vorläufigen Entwürfe für die Annäherung
Englands an Wilsons Völkerbundsauflassung spricht auch eine
Fremdenmeldung, der zufolge Lord Cecil erklärte: Die britische
Delegation sei der Ansicht, der Völkerbundsvertrag
würde in den Präliminarfriedensvertrag aufgenommen
werden; gewisse Fragen könnten nur unter Bezugnahme auf
den Völkerbund gelöst werden. Es sei möglich, die endgültigen
Friedensbedingungen festzusetzen, bevor der Völkerbund in
seiner Urform feststehe. So lehnt z. B. die Präliminar-
friedensbedingungen das Bestehen des Völkerbunds in der
Frage des Schicksals der deutschen Kolonien voraus.
Diese Frage könne man nicht in der Luft hängen lassen, be-
sonders da man schon übereingekommen sei, daß die deutschen
Kolonien den Mandatarmächten, die wiederum den Völkerbund
zur Voraussetzung hätten, zugewiesen werden sollten.

Reichsminister Erzberger hat durch eine Note in
Sua bei der Entente um baldige Aufklärung ersucht, ob die
hier am 12. März veröffentlichten Meinungen der
englischen und französischen Presse über die Erklärungen
Lord Georges und Wilsons, daß die Alliierten sich in keine
Debatte über den Völkerbund mit den Deutschen einlassen
werden, als zureichend angesehen werden müsse und ob die
Alliierten nach diesen Meinungen zu verfahren gedenken.

Ebenso mußte General von Hammerstein in einer Note
in Sua förmlich Einspruch dagegen erheben, daß die Gegner
während der letzten Zeit Forderungen an Deutschland in der
Weise übermitteln, daß zunächst eine Entscheidung über die
alliierten Regierungen in der betreffenden Frage mitgeteilt
wurde. Diese Form sei, wie der deutsche Vorgesetzte hervor-
gehoben hat, um so ungewöhnlicher, als es sich dabei meist um
Forderungen handelt, die über die Bedingungen des Waffen-
stillstandes hinausgehen. Von Hammerstein forderte, daß die
Form, wie sie an gleichberechtigte Staaten angelegt ist, in
Zukunft gewahrt werde. Er erinnerte daran, daß er bereits
früher einmal darauf hinweisen mußte, Rudant entgegen-
setzte, er werde sich Mühe geben, daß dieses Vorkommen sich nicht
wiederhole.

Die neue Regierung Sachsens.

Die Neubildung des Gesamtministeriums ist nunmehr
beendet. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten,
das bisher vom Minister des Innern mitverwaltet wurde, ist
in besondere Hand gelegt worden. Die Regierung ist eine rein
sozialdemokratische. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Präsidentium und Reichsrat: Dr. Gradnauer,
- Kultur und Unterricht: Sud,
- Justiz: Dr. Harnisch,
- Arbeit: Seibt,
- Militärwesen: Keuring,
- Finanzen: Rißke,
- Wirtschaft: Schwarz,
- Innen: Ullig.

Das Ministerium wird sich heute der Volkskammer vor-
stellen. Die Debatte über die Regierungserklärung, die
heute vor der Kammer abgegeben wird, soll nächsten Montag
stattfinden.

Bruch in Bosnien.

Die Verhandlungen in Bosnien, die am 15. März wieder
aufgenommen wurden, sind nunmehr abgebrochen worden.
Und zwar haben diesmal die Vertreter des Verbundes den
Bruch herbeigeführt. Ihr ganzes Verhalten deutet darauf
hin, daß ihnen weniger daran liegt, zu verhandeln als
vielmehr Bedingungen zu diktieren, die Deutschland ge-
wöhnlich Augen schließen soll. Und alle die jüngstigen
Versicherungen von Trier, daß die endgültige Regelung der
polnischen Frage der Parteilose Friedenskonferenz vorbehalten
bleibe, sind Schall und Rauch vor der Fatale, daß die in
Bosnien gestellten Bedingungen heute schon einer klaren Er-
füllung aller polnischen Wünsche gleichkommen, die die
Varietät Konzepte vor ihr und fertige Arbeit stellen würde.
Gleich zu Beginn der Verhandlungen verlangte die
Vertreter der Verbündeten rasche Entschlüsse über die
Festsetzung der polnischen Division in Danzig und deren Trans-
port nach Polen, andererseits wurde Danzig als
frei erklärt. Der Vorsitzende der deutschen Kommission
protestierte dagegen und erklärte in einer Rede, die Danzig
frage gehöre nicht zur Kompetenz der Verhandlungen, die
Verhandlungen und konnte nur in der Folgezeit eine
Entscheidung über das Schicksal Danzigs einen Antrag der
Verbündeten Regierungen, in Bosnien über diese Frage zu ver-

handeln. In dieser Kommittee, es fort. Schon in einer
früheren Sitzung hatten die Vertreter der Verbündeten in
nicht mitzuberstehender Absicht die Meinung geäußert, daß
die deutschen Truppen an der polnischen Front keine regu-
lären Kruppen, sondern wilde Freischärler seien.
Von deutscher Seite war diese Entstellung mit aller Schärfe
zurückgewiesen worden. In der Vollziehung am 15. März
wiederholte der französische General Nessel diese Behauptung
und verlangte Zurücknahme der Freiwilligenverbände.

Zum Bruch führte die Frage der Befestigung der Kom-
mission, der die Entscheidung bei Beschwerden über ungerichte
Behandlung von Deutschen oder Polen innerhalb der Demar-
kationslinie obliegen soll. Die Verbündeten verlangen die
Befestigung dieser Kommission nur durch Vertreter des Ver-
bundes, während die Deutschen die Befestigung mit Deutschen
und alliierten Vertretern unter dem Vorsitz eines Neutralen
forderten. Sie schlugen dafür den schweizerischen Bundes-
präsidenten oder den Papst vor. Dieser Vorschlag wurde
von den Verbündeten als annehmbar erklärt und
darauf von ihnen die Verhandlungen abge-
brochen.

Die Polen fühlen sich durch die Bereitwilligkeit, mit der
die Entente in Bosnien ihre Geschäfte betreibt, genügend gefügt,
um ganz unerschrocken gegen Deutschland zu rufen. Eine Ver-
stärkung des Kommissariats des obersten polnischen
Volksrats beruht die Jahrgänge 1885, 1896 und 1900 ein.
Und nach den vorliegenden Nachrichten haben nicht nur die
Tschacholowaken beherrschende Streitkräfte gegen Glatz zu-
sammengedrängt, sondern auch die Polen über 30 000 Mann
zum Einmarsch nach Oberschlesien veranlaßt,
zu dem sie die Haltung der Entente geradezu ermutigt. Die
Stadt Reiche sichert sich bereits gegen die schlesische Gefahr.
Der Kommandant, der erste Bürgermeister und der Ar-
beiter- und Soldatenrat machten bekannt, daß mit
einem überraschenden schlesischen Angriff gerechnet werden
müsse. Um einen plötzlichen Handstreich entgegenzutreten,
hat die Kommandantur in Reiche die nötigen Maßnahmen
getroffen und einzelne Befestigungsanlagen der ehemaligen
Festung befestigungsmäßig instand gesetzt.

Die Gefahr eines polnischen Einfalls in Oberschlesien
ist sicher kein Geheimnis. Und Polen hat nach den Erfahrungen
in Bosnien kaum noch einen Einspruch der Entente zu fürchten.
Polen darf sich so ziemlich an Ziele aller seiner Wünsche
sehen. Und der ehemalige polnische Abgeordnete Czudob
sprach nicht nur für seine Person, wenn er sich einem Partier
Berichterstatter gegenüber sehr zuversichtlich und zufrieden
über Polens Aussichten äußerte. Und alles, was Polen
künftig gegen Deutschland unternimmt, darf der still-
schweigenden oder offenkundigen Duldung durch die Entente
schon sein, wenn es der deutschen Reichsregierung und
ihren Vertretern in Sua und künftig in Paris nicht gelingt,
einen energischen Strich durch die polnische Rechnung zu
machen.

Säuberung!

Die parlamentarischen Auseinandersetzungen über den letzten
Vürgerkrieg sind abgeschlossen, erhebend waren für beide
Seiten. Die Unabhängigen wurden hartnäckig abgestraft, alle
Welt muß sich von dieser Art von Menschlichkeit abweisen, die über
alle Taten eines rühmlichen Mordgehabels den Mantel der Nächsten-
liebe breitet, die eigenen Genossen von gestern aber heutiger Verbroschen
am Tische zeigt, weil sie dem Rauben und Morden nicht talentlos zu-
sagen.

Unter Menschen, die nach dem Wort zur Ehrlichkeit haben, kann
gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Regierung verpflichtet
war, gegen die Aufwieglerbewegung des Berliner Kampfbundes mit
allen Mitteln einzuschreiten, die ihr zur Verfügung standen. Eine
andere Frage aber ist es, ob sich diese Mittel als taublos heraus-
zuwirken haben. Der Erfolg spricht freilich für sie, die Sicherheit
der Öffentlichkeit ist wieder hergestellt, das tumultuarische Verbrechen
zur Raison gebracht. Auf dem Wege zu diesem Ziel geschah aber
manches, was nicht hätte geschehen dürfen, es gab übertriebene Ent-
schlüsse, überflüssige Härten und schlimme Ausschreitungen einzelner
Mitglieder der Regierungstruppen.

Es ist die Tragik der Arbeiterbewegung, daß sie, zur Macht
gelangt, sich keine Wehrmacht in ihrem eigenen Griffe schaffen kann,
denn diese Welt selbst verdirbt und zerstört war. Eine aus sozial-
demokratischen Arbeitern gebildete Volkswacht wäre an sich die ideale
Formel für die gegenwärtige Zeit. Die Verwirklichung scheitert
jedoch an dem Umstand, daß in die Arbeiterbewegung über tagen-
setzung hineingetragen wurden, die auf die Arbeiterbewegung über tagen-
werden wollten. Es war auch die republikanische Sozialdemokratie
einmal das Opfer einer krankhaften Mutter. Vom ersten Tage an
hat das frische Blut der Republikaner, ging der Versuchung
geht um, der schließliche einen Teil der Truppe zur offenen Wehrer-
verpflichtete. Solche Vorurteile erklären sich nur aus der tiefsten
fremden Bevormundung aller Begriffe. Wer Soldat sein will, darf nicht bei
Parole einer Parteilinie folgen, sondern er muß dem Staat
sich anzuwenden, und das kann er nur, indem er der vom Volke ein-
gesetzten Regierung Gehorsam leistet.

Die Unmöglichkeit, aus der Arbeiterbewegung heraus eine im
Wehrer-ähnliche Armee zu schaffen, liegt in der Natur der Sache
freiwilligen Truppen, die von Offizieren der alten Armee angeworben

und befehligt werden. Die Militärpolitik mußte, um der sozial-
anarchistischen Gefahr zu entgehen, die allpreußisch militärische Ge-
sahr mit im Kauf nehmen. Es ist leider nicht zu bezweifeln, daß
verschiedene Offiziere und Mannschaften in einem Geiste gehandelt
haben, der nicht der Geist der Regierung ist, nicht der gerechte und
humane Geist, den wir regieren zu sehen wünschen.

Wie nach der Spatialisierung des Jahres eine ganze Anzahl
von Offizieren wegen geblühlicher Liebesbeziehung ihrer Besatzung be-
straft werden mußte, so wird auch jetzt nach der Wiederholung des
neuerlichen Auftrages eine sehr scharfe Untersuchung gegen manche Mit-
glieder der Regierungstruppen notwendig sein. Darüber hinaus ist es
es notwendig sein, nicht nur einzelne zu bestrafen, sondern die Wieder-
holung solcher Vorkommnisse durch Ausschaltung aller ungeeignet er-
scheinenden Elemente zu verhüten. Die Ehre der Regierung darf nicht
beschnitten, ihre ganze Politik nicht verdorben werden durch mili-
tärliche Ausschreitungen, wenn sie auch menschlich noch so erlösend
sind durch die Blutzesse sozialistischer Bestände.

So streng man aber über diese Dinge urteilen mag und muß,
so sind die Unabhängigen wahrlich die letzten dazu, über Sün-
den, die auf der anderen Seite begangen wurden, den Stab zu be-
schneiden. Sie mögen lieber vor ihrer eigenen Ehre stehen. Wir geben Fehler
nie zu und konzentrieren unsere ganze Kraft darauf, sie abzuwehren.
Die Unabhängigen aber nehmen Meuterei und Mordverbrechen, die in
Wärdern in Schutz, um desto kräftiger gegen die Regierung, die Sozial-
demokraten in der Regierung loshalten zu können. Das ist ein Schu-
spiel, das auf alle anständigen und rechtschaffenen Arbeiter in ganzen
Reiche in höchstem Grade empörend wirken muß. Es ist widerlich,
zu sehen, wie sich da ein toll gewordener Fanatismus in Beschimpfun-
gen und Beschuldigungen ungeheurer Art förmlich erdrückt, und
der gesunde Instinkt sagt jedem, daß das nicht das Benehmen von
Menschen ist, die ein gutes Gewissen haben!

Wenn dem deutschen Volke die Last der Niederlage noch
schwerer wird, als sie ohnehin sein mußte, wenn zu Reichen und Kräu-
mern des Vürgerkriegs Reichen und Krämer des Bürgerkriegs ge-
hört werden, so trägt die unselige Gespaltung der deutschen
Wehrerbewegung die Schuld daran. Wer den Bürgerkrieg nicht will,
muß die Einheit wollen, die nur unter dem alten Fahnen
der Partei zu finden ist.

Die ersten Lebensmittellieferungen.

Dem Neuen Kottb. Courant zufolge wird die erste Sendung
von Lebensmitteln nach Deutschland in Höhe von 300 000
Tonnen innerhalb 20 Tagen geliefert und von Rotterdam
aus verschifft werden. Die B. L. B. erklärt, haben die Be-
handlungen über das Lebensmittellieferungen genau zwei Monate ge-
dauert. Die ersten Bezüge Fett, Schweinefleischprodukte und linden-
stärkte Milch werden namentlich den Säuglingen und Kindern zugun-
kommen. Die Bezahlung dieser Posten ist bereits in die Wege geleitet,
die Lieferung erfolgt sofort nach der Bezahlung. Lebens-
mittel liegen in England, Frankreich und Amerika bereit und werden
vermutlich innerhalb 30 Tagen geliefert. Der Preis beträgt etwa
eine halbe Milliarde Mark. Hüter den weiter monatlich zur Einfuhr
bewilligten 370 000 Tonnen Lebensmitteln ist nach die Einfuhr
von Fleisch und Gemüse aus den angrenzenden Ländern gestattet. In
Rotterdam liegen bereits 100 000 Tonnen Getreide bereit. Der Handel
mit den Neutralen wird so rasch wie möglich von den Beschlüssen
befreit, Post- und Telegraphenverkehr freigegeben werden.

Mit der Lieferung von Rohstoffen und Getreide ist gezieltes Schiff-
verkehr die für den Transport von Getreide gezielten Schiffe.
Nach die Einfuhr von Futtermitteln konnte nicht erreicht werden.
Zunehmend wird durch die geringere Auszahlung des
Zinnes eine entsprechende Menge Reife gewonnen werden.
Nach Reife Frankreich, Rußland und Palästina in Aussicht. Re-
sultanten über die erfolg en Lieferungen sind nicht haltbar, doch ist
die erste Art des Verkehrs schon jetzt bei Lieferungen von Amerika an die
Entente in Brauch. Die Preise werden natürlich wesentlich
höher sein als die Inlandspreise. Deutschland
wird Rohstoffe besonders ausgeben werden, und zwar zu einem
höheren Preise, um so einen Ausgleich zu schaffen. Für das übrige
Reich wird ein Mittelpreis gefunden werden. Bei Sped und Fetten
werden sich die neuen Preise nicht wesentlich sichtbar machen.

Das Brüsseler Finanzabkommen.

Ueber das Finanzabkommen in Brüssel erfahren wir, daß sich
zwei Hauptgruppen der Einfuhr unterscheiden lassen: die von den
feindlichen Ländern und den neutralen. Die ersten 270 000 Tonnen
Lebensmittel sollen durch 100 Millionen R. Gold und 25 Millionen
M. ausländischer Wertpapiere bezahlt werden. Für die Bezahlung
weiterer Bezüge steht die lokale Bezahlung in Reichsmark ab.
Ebenso der weitaus größte Kredit an finnische Werte.
Es bleibt also nur der Ausfuhrwert der deutschen Waren und der
Erlös von Rabatten deutscher Zölle, die sich in fremden Wärdern be-
halten. In den neutralen Ländern kann die Finanzierung durch
Kreditrückführung auf ausländische Wärdern in deutschem Devisen
ermöglicht werden. Man hat auch an die deutsche Wärdern im Aus-
land gedacht. Wärdern die Wärdern Wärdern haben aber nicht
haltbar. Ein weiteres Finanzierungsmittel ist das Gold. Doch stehen
die Alliierten auf dem Standpunkt, daß Deutschland
seinen Goldbesitz nicht für Lebensmittellieferungen verwenden soll. Das
Gold soll einbezahlt nur als Sicherheit in Brüssel
eingeliefert werden. Für die Einfuhr nach den feindlichen
Ländern ist eine Liste von Waren festgesetzt, die nur durch Parabeln
für die Einfuhr von den Neutralen kommt entsprechend unterstellt